

GRÜNSPIEGEL

Informationen zur Landtagswahl am 27. März 2011

informativ • parteilich • aktuell

Ausgabe 45 März 2011



Für ein neues Baden-Württemberg

Gemeinsam mit den Menschen das Land verändern

Die Zeit ist reif für eine andere Politik in Baden-Württemberg. Wir wollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern ein neues, ein ökologisches, soziales, gerechtes und weltoffenes Baden-Württemberg möglich machen. Wohlstand und Nachhaltigkeit sind hier keine Gegensätze. Ganz im Gegenteil: Nachhaltiges und ressourcenschonendes Wirtschaften schafft neue Arbeitsplätze, stärkt die Exportchancen unserer heimischen Industrie und schont unsere Lebensräume.

Das Land hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten verändert: Die Menschen, das Zusammenleben und die Wirtschaft. Wenn ich über's Land fahre schimmern mir an vielen Stellen Solar-dächer entgegen. Zahlreiche Unternehmen verdienen gutes Geld und schaffen neue Arbeitsplätze mit erneuerbaren Energien oder Umwelttechnologien. Viele Eltern kämpfen vor Ort für innovative Schulprojekte und Ganztages-schulen. Hauptschulrektoren werden zu Rebellen gegen die überkommene Bildungspolitik der Landesregierung. Hunderttausende haben gegen Stuttgart 21 protes-

tiert, da sie nicht akzeptieren wollten, dass über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg milliardenschwere Fehler begangen werden. Viele Regionen haben sich zur gentechnikfreien Zone erklärt.

Doch die schwarz-gelbe Landesregierung hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Zu vielen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land hat sie den Kontakt verloren. Sie ist noch fest im letzten Jahrhundert verwurzelt und gibt die Antworten von gestern auf die Probleme von heute und morgen.

Die Menschen im Land sind viel weiter. Tatsache ist: Wir haben in Baden-Württemberg beste Voraussetzungen, um wichtige Beiträge zur Lösung zentraler Zukunftsfragen – wie dem Klimawandel, knapper werdender Ressourcen und einer älter werdenden Gesellschaft – leisten zu können. In vielen Köpfen, in vielen Städten und Dörfern, im Handwerk, in mittelständischen Unternehmen, in der Forschung, in vielen Initiativen und Vereinen werden nachhaltige, solidarische und erfolgreiche Ide-

en entwickelt und umgesetzt. Längst zeigt sich das neue Baden-Württemberg an den unterschiedlichsten Stellen – wir wollen ihm zum Durchbruch verhelfen. Mit einer neuen Politik. Und einem neuen Politikstil.

Bei der Landtagswahl am 27. März geht es um viel: Bekommen wir in Baden-Württemberg mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung statt schwarz-gelber Basta-Politik, eine bessere und gerechtere Bildungspolitik statt sozialer Auslese, neue Energie und konsequenten Klimaschutz statt Atomkraft, eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft und neue zukunftsfähige Jobs statt einer erstarrten Wirtschaftspolitik, einen besseren öffentlichen Personenverkehr statt Stuttgart 21, ein tolerantes Land statt gesellschaftspolitischer Erstarrung?

Am 27. März ist Landtagswahl. Machen wir uns gemeinsam auf den Weg in ein neues Baden-Württemberg!

Winfried Kretschmann
Spitzenkandidat Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg

Liebe Leserin,
lieber Leser,



unsere Demokratie steckt in einer gewaltigen Umbruchsituation. Es gibt immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die ihre Gegenwart und Zukunft mit gestalten wollen. Viele Menschen spüren, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann mit Finanzskandalen, Kinderarmut, immer mehr Atommüll, Umweltkatastrophen, Gift in Lebensmitteln, einem ungerechten Bildungssystem und sinnlosen Großprojekten.

Wir haben hier in Baden-Württemberg eine Landesregierung, die nicht davor zurückschreckt, Wasserwerfer gegen friedliche Demonstranten aufzufahren, wir erleben einen Ministerpräsidenten, der sechs Milliarden Euro ausgibt um EnBW-Anteile zu kaufen – ohne dies mit dem gewählten Parlament abzustimmen, und wir sehen eine schwarz-gelbe Klientel-Koalition, die die Interessen der Atomlobby vertritt.

Eine lebendige Demokratie lebt vom Wechsel. 57 Jahre CDU-Regierung sind genug. Ein neuer Anfang ist überfällig. Wir Grünen haben die richtigen Ideen und Konzepte und wir haben auch die richtigen Leute.

Mit Winfried Kretschmann an der Spitze bekommen wir einen Ministerpräsidenten, der unser Land behutsam und doch kraftvoll modernisiert. Mit ihm wird es Führung mit Augenmaß und Bürgerbeteiligung geben. Mit Daniel Renkonen zieht ein erfahrener Kreispolitiker für den ÖPNV und eine bürger- und umweltfreundliche Mobilität in den Landtag ein. Mit Dr. Markus Rösler wird ein ausgewiesener Umwelt- und Klimakenner in den Landtag einziehen. Mit Jürgen Walter haben wir die Gewähr, dass engagierte Politik und kulturelle Brillanz im Landtag erhalten bleiben.

Der 27. März bietet die Chance für einen Neuanfang. Wir und die nachfolgenden Generationen haben eine bessere Politik verdient. Wählen Sie Grün. Wählen Sie Winfried Kretschmann, Jürgen Walter, Dr. Markus Rösler und Daniel Renkonen.

Ihre
Ingrid Hönlinger, MdB
Demokratiopolitische Sprecherin
der Grünen Bundestagsfraktion

Der Wechsel ist möglich:

JETZT!

Dioxinskandal – Nichts gelernt!

Müssen Verbraucher sich dem Schicksal fügen?



von Christian Kopp

Über den Jahreswechsel ist ein neuer Lebensmittelkandal aufgedeckt worden. In Eiern und Fleisch wurden erhöhte Dioxin-Werte festgestellt. Viele landwirtschaftliche Betriebe wurden aus Gründen der Sicherheit vorübergehend gesperrt.

Auslöser des Dioxin-Skandals sind Fettsäuren aus der Biodiesel-Herstellung, die in pflanzliche Futtermittel eingemischt wurden. Verschiedene Schweinemast-, Geflügel- und Legehennenbetriebe haben diese verunreinigten Futtermittel unwissend bezogen und verfüttert.

Die unendliche Serie der Lebensmittelkandale macht deutlich, dass das System der Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen offenbar nicht ausreicht. Trotz verschiedener Skandale um Gammelfleisch, Dioxin und Co. haben die Kontrollen ab- statt zugenommen. Das liegt unter anderem daran, dass die Lebensmittelkontrollen jetzt vom zuständigen Landratsamt vorgenommen werden, statt wie vor der von der Landes-

regierung durchgeführten letzten Verwaltungsreform, durch die Polizei. Hier braucht es dringend Nachbesserungen.

Auch wenn die aktuellen Dioxinmengen als nicht akut gesundheitsgefährdend gelten, ist eine wiederholte Belastung der Gesundheit der Verbraucher nicht zu akzeptieren.

Der Dioxin-Skandal führt uns einmal mehr vor Augen: Durch eine Lebensmittelherzeugung, die ausschließlich auf eine Kostenoptimierung ausgerichtet ist, können dauerhaft keine sicheren und qualitativ hochwertige Lebensmittel hergestellt werden.

Am meisten Macht hat aber der Verbraucher. Er entscheidet, was im Verkaufsregal landet. Solange die Mehrzahl der Menschen weiter wenig Geld für Lebensmittel ausgeben will, wird sich nichts an der derzeit unbefriedigenden Situation ändern. Was ist nun zu tun?

Landwirte sollten vermehrt auf selbst angebaute und regionale Futtermittel zurückgreifen. Fertigfuttermischungen sind zwar deutlich günstiger, beinhalten aber

fast immer Abfallprodukte anderer Produktionslinien wie Tiermehl oder Fischmehl. Mit einer hochwertigen Futterqualität sowie einer artgerechten Tierhaltung kann weiter höchste Lebensmittelqualität garantiert werden. Nur durch Erzeugung von Spitzenprodukten können Landwirte hier in Ludwigsburg auf dem Markt konkurrieren. Gegen die großen flurbereinigten Flächen in Nord- oder Ostdeutschland kann der Preiskampf nur verloren werden.

Die Verbraucher müssen wissen, dass ein qualitativ gutes Lebensmittel seinen Preis hat und es dieses nicht beim Discounter um die Ecke gibt. Produkte mit einem Bio- oder Demetersiegel garantieren eine große Qualitätssicherheit. Im Kreis Ludwigsburg besteht auch die Möglichkeit auf Wochenmärkten oder in Hofläden direkt eine sehr breite Produktpalette zu erwerben. Hier bringt ein persönliches Gespräch Aufklärung, Sicherheit und Verständnis. Ein fairer Umgang von Erzeugern und Verbrauchern mit einander bei fairen Preisen bringt uns der Lösung ein großes Stück näher.

Flickenteppich oder Ganztageschule?

Die richtige Antwort bekommen wir nach dem 27. März

von Elfriede Steinwand

Hausaufgabenhilfe, Poolstunden, Jugendbegleiter, pädagogische Assistenten, gebundene, offene und teilgebundene Ganztageschulen, veränderte Klassenteiler, Mindestwochenstunden, flexible Nachmittagsbetreuung – das alles hat sich in den letzten Jahren in unseren Schulen angesammelt. Das meiste dieser Liste sind halberzogene Maßnahmen, das baden-württembergische Schulsystem zu verbessern, berufstätigen Eltern entgegen zu kommen und die PISA-Ergebnisse nach oben zu trimmen.

Kinder und Jugendliche im Land haben vordergründig eine große Auswahl an Schulen und Entwicklungsmöglichkeiten. Tatsächlich

aber spielt immer noch eine große Rolle, aus welchem sozialen Milieu Kinder kommen und wie sie zuhause gefördert werden, bzw. wie viel Geld die Eltern für Nachhilfe ausgeben wollen. Aus diesem Grund brauchen wir die verlässliche Ganztageschule und nicht das Ganztagesangebot, welches Eltern teuer bezahlen und das in Ludwigsburg u. a. von einer Armada von schlecht bezahlten Betreuungspersonen abgedeckt wird. Benötigen berufstätige Eltern eine verlässliche Betreuung im Umfang des Kita-Angebots, werden sie zur Kasse gebeten. Es ist zu bemängeln, dass bei der Schulentwicklung die Kommunen als Schulträger vom Kultusministerium nicht als Partner betrachtet werden, sondern als Lastesel. In

Ludwigsburg, wo bis 2020 enorme Anstrengungen für Schulhaussanierungen, Barrierefreiheit, Mensabau und -betrieb unternommen werden, warten Verwaltung und Gemeinderat vergeblich auf sinnvolle pädagogische Konzepte und auf verbindliche, echte Ganztageschulen – auch im Grundschulbereich. Bisher Fehlanzeige – ohne den Auftrag aus Stuttgart geht hier gar nichts. Bis zum Jahr 2020 soll es 40 % Ganztageschulen im Land geben. Mit welchen pädagogischen Konzepten eigentlich?

Die richtige Antwort bekommen wir nach dem 27. März, wenn möglichst viele Eltern das bestehende Schulsystem abgewählt haben.

Kinderbetreuung

Realität und Vision

von Anita Klett-Heuchert

Kinderbetreuung ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben. Sie gewährleistet die Berufstätigkeit von Mann und Frau, erfüllt den Erziehungs- und Bildungsauftrag und trägt damit maßgeblich zur Integration und somit zur Stabilität einer Gesellschaft bei.

Darüber hinaus ist sie ein Standortfaktor, der genutzt werden kann, um der Überalterung entgegen zu wirken.

Es ist wichtig, dass eine Kommune bedarfsgerechte Angebote zur Verfügung stellt und qualifiziertes Personal vorhält. Bei den Drei- bis Sechsjährigen ist in Ludwigsburg der Rechtsanspruch erfüllt, d. h. wenn auch nicht immer in unmittelbarer Nähe zur Wohnung, so gibt es doch für jedes Kind einen Platz in einer Kindertagesstätte. Wenn nun ab 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz erhoben werden kann, sieht es jedoch düster aus.

Derzeit haben nur 15,2 % der Kinder unter drei Jahren einen qualifizierten Betreuungsplatz, bezieht man die Kindertagespflege mit ein, so sind es 20,3 %. Vom Ausbauziel 34 %, was nur eine spekulative Größe des Bedarfs darstellt, sind wir also weit entfernt.

Der Ausbau stockt, weil das Geld fehlt. Und irgendwie verständlich: Das Land Baden-Württemberg rühmt sich als „Kinderland“ doch die finanzielle Ausstattung hat die Kommune zu tragen. Und weil das anders werden muss, haben wir, die grüne Gemeinderatsfraktion, den Antrag gestellt, den Städtetag bei seiner Initiative zu unterstützen, für den Ausbau der Krippenplätze eine höhere finanzielle Beteiligung des Landes zu erreichen. Dieser wurde einstimmig im zuständigen Ausschuss angenommen. Es ist zu hoffen, dass die nächste Landesregierung entsprechend handelt!

Auch unabhängig davon werden wir den Ausbau der Plätze stets unterstützen.



Städtischer Haushaltsplan 2011

Keine nachhaltige Finanzpolitik

von Michael Vierling

Der Haushaltsplan der Stadt Ludwigsburg für das Jahr 2011 und die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2014 wurden im vergangenen Dezember vom Ludwigsburger Gemeinderat beschlossen. Mehrheitlich folgte der Gemeinderat dem Entwurf von Oberbürgermeister Spec.

Das bedeutet, dass die städtischen Ausgaben in den drei Jahren 2011 bis 2013 nur dadurch finanziert werden können, dass die finanziellen Rücklagen der Stadt aufgebraucht werden und weitere Kredite aufgenommen werden. Für diesen Dreijahreszeitraum macht das immerhin 27,5 Mio. € Unterfinanzierung des Haushalts aus. Um diesen Betrag also verschlechtert sich die Vermögenslage der Stadt, weil sie mehr ausgibt als sie einnimmt.

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Ludwigsburger Gemeinderat hat diesen finanzpolitischen Kurs scharf kritisiert. Finanzpolitische Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit erfordern, dass das Niveau der städtischen Ausgaben einerseits und der städtischen Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen andererseits angeglichen werden. So weit also zusätzliche Ausgabenkürzungen nicht zumutbar oder nicht durchsetzbar sind, müssten die städtischen Steuern erhöht werden, damit die Stadt nicht ihre Substanz aufzehrt. Die Wirtschaftskrise ist vorbei, jetzt müssten wir uns auf den Weg machen, die Verschuldung abzubauen und die Rücklagen aufzustocken.

In diesem Sinne haben wir die Erhöhung der Gewerbesteuer ab dem Jahr 2011 gefordert. Immerhin hat sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2010 wieder deutlich erholt und es zeichnet sich für das Jahr 2011 ein robuster Wirtschaftsaufschwung ab. Da kann doch der Privatwirtschaft, die in der vorangegangenen Wirtschaftskrise mit Staatsgeldern für Rettungsschirme und Konjunkturpakete massiv gestützt wurde, jetzt zugemutet werden, sich stärker an der Finanzierung der staatlichen Aufgaben zu beteiligen.

Die von uns beantragte Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer von 360 auf 380 % war maßvoll, hätte dem städtischen Haushalt aber immerhin 3 Mio. € pro Jahr beschert. Aber der Oberbürgermeister und die meisten anderen Parteien einschließlich der SPD wollten lieber die Wirtschaft schonen und die finanzielle Zukunft der Stadt belasten. Oberbürgermeister Spec möchte in diesem Jahr wieder gewählt werden und lehnt wohl vor allem deshalb Gewerbe- oder Grundsteuererhöhungen kategorisch ab. Immerhin wurde unser Impuls aufgegriffen, ab 2011 die Vergünstigungsteuer ein wenig zu erhöhen, was den Haushalt geringfügig um 130000 € jährlich verbessert. Insgesamt aber stellen wir fest, dass die Zukunftsgenerationen übermäßig belastet werden, weil der Gemeinderatsmehrheit der Wille fehlt, die Ausgaben, die sich die Stadt heute leistet, auch im Jetzt und Heute solide zu finanzieren.

... Ludwigsburg

von Jürgen Walter

Die nächste Landtagswahl verspricht einen spannenden Zieleinlauf. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten besteht die berechtigte Hoffnung, die sich als Staatspartei fühlende CDU in die Opposition zu schicken.

Dies kommt nicht wirklich überraschend, denn die CDU ist inhaltlich und personell ausgebrannt. Schon lange stellt sie sich nicht mehr die Frage, welche neuen Ideen und Visionen Baden-Württemberg braucht, sondern es geht nur noch um den reinen Machterhalt. Der Wechsel von Oettinger zu Mappus auf dem Chefsessel des Landes hat zudem deutlich vor Augen geführt, wie prekär die Personalsituation der CDU ist. Während Günther Oettinger wenigstens noch ein paar inhaltliche Themen hatte, bestehen die Reden von Mappus fast nur noch aus polemischen und niveaulosen Angriffen auf die Grünen. Dabei sollte doch ein Wahlkampf vor al-

lem darin bestehen, den Menschen zu sagen, was man in den nächsten fünf Jahren für Baden-Württemberg und seine Menschen erreichen möchte.



Es gab bisher noch keinen Ministerpräsidenten im Lande, der schon im ersten Jahr seiner Amtszeit derart viele Negativschlagzeilen produzierte. Es fing an, mit der Weigerung, die angebotene CD mit einer Steuersünderkartei aufzukaufen und setzte sich fort

bis zum eigenmächtig eingefädelten Kauf der EnBW-Aktien, bei dem weder der Landtag noch der Finanzminister gefragt wurden. Absoluter Tiefpunkt war aber der Polizeieinsatz im Schlossgarten am 30. September 2010. Hier zeigte sich das Politikverständnis von Stefan Mappus: Er wollte Stärke und Härte zeigen und demonstrieren, dass er sein Stuttgart 21 ohne Rücksicht auf Verluste durchzieht. Dabei sollte es sich langsam herumgesprochen haben, dass die moderne Bürgergesellschaft nicht mehr von oben nach unten regiert werden möchte, sondern mehr Mitsprache verlangt.

Und damit sind wir beim dialogorientierten Politikansatz der Grünen. Wir müssen das Verhältnis Bürger-Staat-Wirtschaft neu definieren. Wir brauchen mehr Mitsprache durch Volksentscheide auch zwischen den Wahlen. CDU und FDP sehen dies als Angriff auf die repräsentative Demokratie. Umgekehrt wird ein Schuh draus.

Wer nicht bereit ist, unsere Demokratie weiterzuentwickeln, der stellt deren Akzeptanz mehr und mehr in Frage.

Wenn sich Baden-Württemberg in einer globalisierten Welt behaupten will, müssen wir endlich mit der Modernisierung unseres Landes beginnen. Und da wir bekanntlich vor allem in unsere Köpfe investieren müssen, fangen wir am besten mit der Bildung an. Obwohl sich unsere Gesellschaft massiv verändert hat, halten CDU und FDP an einem veralteten Schulsystem fest, das unseren Kindern schon lange nicht mehr gerecht wird. Vor allem fördert dieses System die soziale Ungerechtigkeit. Deshalb muss zukünftig die individuelle Förderung im Mittelpunkt stehen.

Stark vernachlässigt wird von der Landesregierung die Ökologisierung der Wirtschaft. Dabei ist längst klar, dass die Umwelttechnologien die Automobilindustrie als Leitindustrie in den nächsten

Jahren ablösen wird. Um bestehende Arbeitsplätze in unserer Region zu sichern und neue zu schaffen, muss Baden-Württemberg den Anspruch haben, ein führendes Exportland für Umwelttechnologien zu werden. Auch bei den umweltfreundlichen Autos müssen wir wieder die Stoßstange vorne haben. Baden-Württemberg ist ein modernes, weltoffenes und kreatives Land. So soll es zukünftig auch regiert werden. Dafür haben wir Grüne die zukunftsweisenden Ideen und mit Winfried Kretschmann den richtigen Spitzenkandidaten. Er ist sozusagen das positive Gegenstück zu Stefan Mappus: Ruhig und besonnen, gebildet und dialogorientiert.

Deshalb bitte ich Sie am 27. März um Ihre Stimme für Bündnis 90/ Die Grünen!

www.juergenwalter.de

**Wahlkampfkonto: 507 949 013
BLZ: 604 901 50**

... Bietigheim-Bissingen

von Daniel Renkonen

Die Zukunft liegt nicht in Risikomeilern wie dem AKW Neckarwestheim, sondern in einer dezentralen Stromversorgung.

Der deutsche Strommarkt ist weiter fest in der Hand von vier Großkonzernen: EnBW, RWE, EON und Vattenfall teilen praktisch 80 % des Energiemarktes unter sich auf. Damit das so bleibt, setzen die Konzerne derzeit alles daran, sich die lukrativen Strom- und Gaskonzessionen vor Ort zu sichern. Damit hätten sie nicht nur die Hoheit über ihre Großkraftwerke, sondern auch über die Netze. Für die Strom- und Gaskunden ist diese Entwicklung doppelt bedenklich, weil nicht nur der Wettbewerb ausgehebelt, sondern auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien blockiert

wird. Das wiederum behindert einen besseren Klimaschutz, der dringend notwendig ist, um das weitere Aufheizen unseres Erd-



balls zu verhindern. Selbst das Bundeskartellamt hat in seiner neuesten Studie nicht ausschließen können, dass die großen

Energieversorger den Strompreis künstlich nach oben treiben, in dem sie die Leistung ihrer Kraftwerke entsprechend steuern. Einen Beweis konnte die Behörde für diese These allerdings nicht erbringen.

Wir Grünen in Baden-Württemberg wollen dieses „Stromkartell“ im Falle eines Wahlsieges aufbrechen. Statt weiter in die hochgefährliche Atomtechnologie zu setzen, braucht unser Land dringend einen Masterplan für den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie für einen wirksameren Klimaschutz. Das fördert die dezentrale Energieversorgung und stärkt unsere Stadtwerke wie in Ludwigsburg und Bietigheim-Bissingen, die durch moderne Blockheiz- und Biomassekraftwerke bereits viel für den Klimaschutz getan haben. Außerdem wird dadurch un-

sere mittelständische Wirtschaft gestärkt.

Ein Beispiel: Jede Investition in die Erneuerbaren oder in eine Altbauanierung zieht rund das Sechsfache an wirtschaftlichen Effekten nach sich. Davon profitiert vor allem unser Handwerk.

Wir Grünen fordern daher:

Die sofortige Abschaltung des Risikomeilers Neckarwestheim I. Das zweitälteste Kernkraftwerk in Deutschland gehört mit über 400 Störfällen zu den gefährlichsten bundesweit.

Den Ausstieg aus der Atomkraft und keine Laufzeitverlängerung für die bundesweit 17 Atomkraftwerke.

Ein neues Klimaschutzgesetz für das Land, das konkrete Energieeinsparziele und einen Maßnahmenkatalog festschreibt. So soll

der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf rund 40 Prozent im Jahr 2020 steigen. Außerdem muss der Anteil der so genannten Kraft-Wärme-Kopplung deutlich erhöht werden.

Den Ausbau der Windenergie auszuweiten, indem das Landesplanungsgesetz so geändert wird, dass Kommunen mehr potenzielle Standorte ausweisen können. Mehr Abfälle zur Strom- und Wärmeerzeugung zu nutzen, in dem verstärkt Biomüllvergärungsanlagen errichtet werden.

Die Altbauanierung durch bessere Förderanreize voranzutreiben. Hierfür könnte ein Energiesparfonds eingerichtet werden.

www.daniel-renkonen.de

**Wahlkampfkonto: 507 949 072
BLZ: 604 901 50**

... Vaihingen

von Dr. Markus Rösler

Wir Grüne stehen für eine neue Moderne. Dabei ist es immer wieder gut, ein Sprichwort von Mahatma Gandhi vor Augen zu haben: „Zuerst ignorieren sie Dich, dann lachen sie über Dich, dann bekämpfen sie Dich und dann gewinnst Du.“

Hoffen wir, dass am 27. März 2011 diese vierte Phase hier im Ländle beginnen wird.

Denn das Sprichwort von Mahatma Gandhi passt bestens zum Umgang der vier großen Energiekonzerne, der CDU und der FDP mit grünen Ideen wie Windkraft und Solarenergie.

Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben. Das ist unsere Vision. Und das ist teils auch schon Realität in Baden-Württemberg.

Die Unternehmen im Lande sind oft fortschrittlicher als CDU und FDP. Umweltstandards gelten als sichere Rahmenbedingung für ein



erfolgreiches Agieren auf den internationalen Märkten. Die Grünen sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Regie-

rungsverantwortung. Wir sind für ein längeres gemeinsames Lernen in den Schulen.

Wir sind für mehr Eigenständigkeit der Schulen und Kommunen. Wir sind für einen Nationalpark in Baden-Württemberg und damit für mehr Naturschutz und für mehr Tourismus zugleich.

Wir sind für integrierte Gesundheitshäuser und für eine Stärkung der Land- und Hausärzte.

Wir sind für Windkraft und Solarenergie. Damit sichern und erhöhen wir die Zahl der Arbeitsplätze im Maschinenbau und der zahlreichen Zulieferbetriebe.

Wir sind für Biolandbau und für gentechnikfreie Lebens- und Futtermittel.

Aber wir kennen zwei Parteien, die all das ausbremsen oder gar dagegen sind. Daher ist es höchste

Zeit für einen Politikwechsel. Helfen Sie mit! 57 Jahre Schwarz. Das ist zu viel für jede Demokratie.

„Ob eine Stadt zivilisiert ist, hängt nicht von der Zahl ihrer Schnellstraßen ab, sondern davon, ob ein Kind auf dem Dreirad unbeschwert überall hinkommt.“

Dieses Sprichwort von Enrique Peñalosa zeigt symbolhaft: Was ist uns wirklich wichtig?

Bildung ist unsere wertvollste Ressource in Baden-Württemberg. Die Schulträger vor Ort wissen, was wirklich wichtig ist. Wir wollen daher ihre Entscheidungsrechte stärken. Wer G8 und G9 anbieten möchte, dem wollen wir dies ermöglichen. Wir Grünen halten nichts von der „Verbieteritis“ und „Vorschreiberitis“ der CDU-Bildungspolitik aus dem 19. Jahrhundert. Länger gemeinsam lernen ist ein Erfolgsprinzip in der

Mehrzahl der Länder Europas. Dies zeigt sich an deren guten Ergebnissen bei PISA. Das werden wir Grüne in Baden-Württemberg umsetzen.

Hochschulgebühren sind sozial ungerecht. In Baden-Württemberg sind die Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunft der Eltern und Ausbildungschancen der Kinder am stärksten; das wollen wir ändern.

Unbequem, aber ehrlich, kantig, aber wahrhaft modern: Bildung statt Beton, das ist grüne Politik. Unsere Kinder sind unsere Zukunft, Investitionen in Bildung haben für mich daher ganz entscheidenden Vorrang.

www.markuroesler.de

**Wahlkampfkonto: 507 949 064
BLZ: 604 901 50**

Wir bauen das moderne Baden-Württemberg

Erneuerbar statt atomar: Mehr grüne Energie

Grüne Grundpositionen setzen sich durch

Grüner wird's noch

Ein Ausblick auf 2011

Swantje Sperling

Das Jahr 2010 erklärte die Süddeutsche Zeitung zum Jahr des Bürgers und es wurde auch zum Jahr der Grünen.

Als Partei sind wir sowohl Akteur als auch Gegenstand des gesellschaftlichen Wandels, welcher durch die Erfahrung der Banken- und Wirtschaftskrise weiter beschleunigt wurde. Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit als grüne Leitmotive jeglichen politischen Handelns finden immer mehr Anhänger. Wie keine andere Partei haben wir den Willen der Bürger verstanden. Und dies nicht nur bezogen auf Stuttgart 21. Immer mehr Bürger in Baden-Württemberg trauen es uns zu, das Land aus seiner ökonomischen, ökologischen und legitimatorischen Sackgasse zu führen. Auch im Kreis Ludwigsburg wird in den

Gemeinden über aktive Bürgerbeteiligung diskutiert. Dennoch sind die Möglichkeiten der kommunalen Partizipation immer nur so groß, wie sie Bürgermeister, Verwaltung und Gemeinderat zulassen. Wir Grünen stehen für einen neuen, transparenten Politikstil und das Ende von schwarz-gelber Basta-Politik. Die Bildungspolitik als einer der Kernbereiche der Landespolitik hat unter Schwarz-Gelb ein Schattendasein geführt. Dieser Zustand ist für uns nicht länger hinnehmbar. Denn in allen Bereichen zeigt sich: Baden-Württemberg braucht einen Politikwechsel. Dazu braucht es im Wahlkampf unser aller Engagement. Wir im Kreisverband Ludwigsburg haben die Chance, von drei grünen Abgeordneten des Kreisverbandes Ludwigsburg künftig im Landtag vertreten zu werden. Ergreifen wir sie!

Grußwort aus NRW

Liebe Leserin, lieber Leser, wir Grünen sind die Partei, die sehr viel von Selbstverantwortung und Freiheit hält. Wir sind die Partei, die Politik gestaltet im Geiste dieses Vertrauens in die Fähigkeiten und Möglichkeiten der Menschen.



Sylvia Löhrmann, MdL NRW

Wir Grüne wollen eine Gesellschaft, in der aus Betroffenen Beteiligte werden. Wir suchen den Dialog und die kritische Auseinandersetzung auch jenseits von Wahlen, wir brauchen eine permanente Rückkoppelung mit den Menschen.

Mit unserem Staatsverständnis ist es unvereinbar, Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg zu treffen. Für uns ist es selbstverständlich, dass staatliches Planen und Handeln für alle Bürgerinnen und Bürger offen und transparent sein muss. Das gilt in den kleinen Gemeinden ebenso wie in den großen

Städten. Das gilt selbstverständlich erst recht bei staatlichen Großprojekten. Und das gilt für alle Politikfelder.

Wir Grüne verstehen mehr als nur Bahnhof, wir verstehen auch Bildung.

Der Wert von guter Bildung ist heute mehr denn jemals zuvor im Bewusstsein der Menschen. Bildung ist Menschenrecht – diese grüne Grundüberzeugung wird inzwischen breit ausdifferenziert:

- Bildung ist Teilhabe
- Bildung ist Integrationspolitik
- Bildung ist präventive Sozialpolitik
- Bildung stärkt Demokratie
- Bildung sichert Wohlstand
- Bildung ist Standortfaktor

Kurz: Bildung sichert nachhaltig die gute Zukunft unserer Gesellschaft. Bildung ist inzwischen ebenso grüne Kernkompetenz wie nachhaltige Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik.

In NRW sind wir auf dem Weg, mit den Menschen die Schulen der Zukunft zu gestalten.

Und in Baden-Württemberg ist Ihre Stimme für die GRÜNEN der Garant dafür, dass sich die Politik wieder den Menschen zuwendet und nicht über ihre Köpfe hinweg regiert wird.

Mit grünen Regierungsgrüßen aus NRW

Sylvia Löhrmann, MdL
Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen

GRÜNSPIEGEL

Impressum:
Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg. Der Grünspiegel ist kostenlos erhältlich.
Herausgeber/Anschrift der Redaktion:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Ludwigsburg,
Ortsverband Ludwigsburg
Im Uhland, Uhlandstraße 21
71638 Ludwigsburg
Tel: 071 41-92 79 26
Fax 071 41-90 51 94
kv.ludwigsburg@gruene.de
www.gruene-ludwigsburg.de
Bankverbindung: KV Ludwigsburg
Kontonummer: 507 949 005,
BLZ: 604 901 50,
Volksbank Ludwigsburg

Redaktion (ViSDP): Andreas Kasdorf,
Max Bleif, Siegfried Rapp, Uwe Scheuritzel
gruenspiegel@gmx.de

Druck: Druckerei Ratz, Schönaich
Ausgabe 45: März 2011
Auflage: 18 000
Bildnachweis: Alle Bilder Redaktion
Grünspiegel, privat oder öffentlich.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsverbandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die Autoren verantwortlich. Die Redaktion behält sich die Bearbeitung der eingereichten Beiträge vor.

Termine zum Landtagswahlkampf

Die grüne Bürgerversicherung
Biggi Bender, MdB
Dienstag, 1. März, 20 Uhr, Ratskeller
Wilhelmstr. 13, Ludwigsburg

Fritz Kuhn in Großsachsenheim
New Green Deal
Dienstag, 1. März, 19.30 Uhr
Großer Saal des Kulturhauses

Bürgerrechte
Diskussionsveranstaltung des OV
Kornal-Münchingen mit
Ingrid Hönlinger, MdB
Mittwoch, 2. März, 19.30 Uhr
Bürgertreff, Görtlitzstraße 4
Kornal-Münchingen

Null Bock auf Politik?
Was junge Menschen von der Politik erwarten
Franziska Brantner, MdEP
Donnerstag, 3. März, 20 Uhr
Villa BarRock, Pflugfelder Str. 5
Ludwigsburg

Transparenz und Bürgerbeteiligung statt Lobbypolitik
Diskussion mit Daniel Renkonen und
Ingrid Hönlinger, MdB
Donnerstag, 3. März, 19.30 Uhr
Kulturzentrum Prisma, Freiberg/N.

Atomausstieg
Diskussionsveranstaltung des
OV Neckar-Stromberg mit
Silvia Kotting-Uhl, MdB
Donnerstag, 3. März, 19.30 Uhr
Bönningheim

Vesper-Kirche Ludwigsburg
mit Ingrid Hönlinger, MdB und
Jürgen Walter, MdL
Donnerstag, 3. März
12 Uhr bis 14 Uhr, Friedenskirche
Stuttgarter Straße, Ludwigsburg

Winfried Kretschmann in Asperg
Wir bauen das moderne
Baden-Württemberg
Freitag, 4. März, 20 Uhr
Hotel Landgasthaus Lamm
Lammstraße 1, Asperg

Kabarett mit Ottfried Fischer
Wo meine Sonne scheint
Samstag, 5. März, 20 Uhr
Bürgerhalle Pattonville

Survival Training – Der andere Rosenmontag
Kabarett mit Otmar Traber
Montag, 7. März, 20 Uhr
Schlosskeller in Freiberg

Podiumsdiskussion zur Gentechnik
Verein Gentechnikfreie Landkreise
Ludwigsburg-Rems-Murr e.V.
Montag, 7. März, 19.30 Uhr
Festscheune des Gerlinger Hofes
Hauptstraße 20, Gerlingen

Claudia Roth in Bietigheim-Bissingen
Die Zukunft ist grün
Dienstag, 8. März, 19 Uhr
Kleiner Saal, Kronenzentrum,

Fritz Kuhn in Ludwigsburg
Politischer Aschermittwoch
Musik: „Samba Colibri“
Mittwoch, 9. März, 19 Uhr
Ratskeller, Wilhelmstr. 13,

Politischer Abend der Landwirtschaft
Podiumsdiskussion des Bauernverbands
Heilbronn-Ludwigsburg mit
Dr. Markus Rösler und
Daniel Renkonen
Mittwoch, 9. März, 19.30 Uhr
Neue Kelter der Genossenschaftskellerei
Roßwag-Mühlhausen,
Vaihingen/Enz

Podiumsdiskussion der Stuttgarter Zeitung Lokalredaktion Ludwigsburg/Strohgau extra
Donnerstag, 10. März, 19.30 Uhr
Stadthalle Kornal

Jürgen Trittin in Ludwigsburg
Freitag, 11. März, 20 Uhr
Kulturzentrum Ludwigsburg

Podiumsgespräch
der Marbacher Zeitung mit den
Landtagskandidaten des Wahlkreises
Bietigheim-Bissingen.
Montag, 14. März, 20 Uhr
Stadthalle Marbach a. N.

Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben
Kerstin Andreae, MdB
Montag, 14. März, 20 Uhr
Parkrestaurant Vernissage
Stuttgarter Str. 65, Kornwestheim

Sicherheitsrisiko Agro-Gentechnik
Podiumsdiskussion mit dem Verein
Gentechnikfreie Landkreise
Ludwigsburg / Rems-Murr e.V.
Dienstag, 15. März, 19.30 Uhr
Friedenskirche, Stuttgarter Str. 42
Ludwigsburg

Grüne Medienpolitik für das 21. Jahrhundert
Tarek Al-Wazir, Fraktionsvorsitzer der
Grünen im Hessischen Landtag
Mittwoch, 16. März, 20 Uhr
Ratskeller, Wilhelmstr. 13
Ludwigsburg

Wie viel Autoverkehr können wir noch verkraften?
Diskussionsabend mit dem Verkehrsexperten
Peter-Michael Valet
Mittwoch, 16. März, 19.30 Uhr
Gaststätte Linde, Kleiningersheim

S21 – K21
Podiumsdiskussion der
Landtagskandidaten im Wahlkreis
Vaihingen
Mittwoch, 16. März, 19.30 Uhr
Stadthalle, Löwensaal, Vaihingen

Podiumsdiskussion der Landtagskandidaten im Wahlkreis Bietigheim
Donnerstag, 17. März, 20 Uhr
Kleinkunstkeller, Hauptstraße 65
Bietigheim-Bissingen

Gerhard Polt und die Biermösl Blosn
Freitag, 18. März, 20 Uhr
Forum am Schlosspark Ludwigsburg

Steig um auf's Fahrrad
Stahlrossmarkt der Grünen
Samstag, 19. März, 9 bis 13 Uhr
Ku(h)riosum am Kronenzentrum
Bietigheim-Bissingen

Die neue Ess-Klasse
Peter Auer (vormals Adler Asperg)
serviert ein Drei-Gänge-Menü
Sonntag, 20. März, 13 Uhr
Bürgerhaus, Möglingen

Grüne Ideen gegen schwarz-gelbe Rekordschulden
Alex Bonde, MdB
Montag, 21. März, 20 Uhr
Pizzeria Paradiso
Neckarkanalstr. 41, Remseck

Die Bildungsregion soll Schule machen
mit Gerda Stuchlik,
Bildungsbürgermeisterin Freiburg
Dienstag, 22. März, 19.30 Uhr
Kleiner Saal, Stadthalle Marbach

Gerät außer Kontrolle
Zauberei und Comedy mit Topas
Mittwoch, 23. März, 19.30 Uhr
Rathaus, Bürgersaal, Ditzingen

MundArt – Weber kocht. Gut. Bürgerlich
Kulinarstück für einen Schwaben
Mittwoch, 23. März, 20 Uhr
Alte Kelter, Tamm

Literarische Weinprobe
mit Wolfgang Höper
Staatsschauspieler
und Bernd Kreis, Weinexperte
Samstag, 26. März, 20 Uhr
Galerie Kornwestheim

Am 27. März: GRÜN wählen!